

Medien-Information der FDP-NRW

Dienstag, 08. Dezember 2009

Pinkwart-Interview für WDR 5 „Morgenecho“

Berlin. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der FDP-NRW, Andreas Pinkwart, gab in der heutigen WDR 5 - Sendung "Morgenecho" das folgende Interview. Die Fragen stellte Cordula Denninghoff:

Im Steuerstreit bleiben Schleswig-Holstein und Sachsen hart, auch Sachsen-Anhalt und das Saarland sind weiterhin skeptisch. Die Länder wollen dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz am 18. Dezember im Bundesrat nicht zustimmen, wenn der Bund keinen Ausgleich spendiert für die Entlastungen zugunsten von Familien, Unternehmen, Hoteliers und Erben. Nun findet vorher, zwei Tage genau vorher, ein Bildungsgipfel statt, und da pokern Bund und Länder auch miteinander, wer denn nun wie viel zahlen soll und wer wie viel bekommt. Der Großteil bleibt eh an den Ländern hängen. Aber Bundesbildungsministerin Annette Schavan, CDU, hat den Ländern höhere Bildungszuschüsse als Kompensation in Aussicht gestellt. Andreas Pinkwart ist nordrhein-westfälischer Wissenschaftsminister, Parteichef der FDP in Düsseldorf und Stellvertretender Bundesvorsitzender. Guten Morgen, Herr Pinkwart.

Pinkwart: Guten Morgen.

Also doch ein Kuhhandel, der sich da anbahnt?

Pinkwart: Nein, es darf keinen Kuhhandel geben in der Weise, dass den Ländern am 16. mehr Bundesgeld zugesagt wird, und das soll dann zwei Tage später genutzt werden, um Steuermindereinnahmen an anderer Stelle auszugleichen, denn dann würde ja dieses zusätzliche Bundesgeld nichts für Bildung zur Verfügung stellen, sondern eine andere Lücke füllen. Und das darf nicht sein. Wir wollen beides: Wir wollen Steuersenkungen gerade für die Familien mit Kindern möglich machen und zusätzlich in Bildung investieren. So haben wir es hier in Berlin in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, so wollen wir das auch umsetzen.

Aber wenn jetzt Annette Schavan Angebote macht und sagt, der Bund zahlt jetzt mehr an Bildungszuschuss, dann wollen Sie das als Wissenschaftsminister von NRW jetzt nicht ablehnen, damit Sie nicht in den Geruch geraten, sich bestechen oder rauskaufen zu lassen.

Pinkwart: Nein, im Gegenteil: Wir haben ja gesagt, was den Bildungsteil anbetrifft - und so ist es in der Koalition auch vereinbart worden - wollen wir mehr tun. Der Bund will hier seine Anstrengungen erfüllen, auch gerade deshalb, um mit zusätzlichen Impulsen die Länder, aber auch die Privaten darin zu unterstützen, dass sie auch ihre Beiträge für Bildung, für Forschung und Technologie in den nächsten Jahren so erhöhen, dass wir es tatsächlich schaffen, 2015 zehn Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Bildung zur Verfügung zu stellen im Interesse bester Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Dafür muss das Geld dann auch aufgewendet werden, das ist eben der Punkt.

Und wenn Sie dann jetzt bei dem Bildungsgipfel möglichst viel rausholen, um all das zu decken, was Sie jetzt gerade genannt haben, dann könnte es doch auch reichen, dass Sie damit die Kosten, die das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verursacht, locker abdecken.

Pinkwart: Genau das soll so nicht sein. Es ist ja so: Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz dient ja dazu, dass wir zu mehr Beschäftigung, zu mehr Wachstum kommen und hat damit in sich einen Selbstfinanzierungseffekt. Zum Zweiten ist es so, dass die öffentliche Hand in den nächsten Jahren trotz der Krise insgesamt mit höheren Einnahmen rechnen kann. Und ein Teil dieser höheren Einnahmen werden an die Verbraucher zurückgegeben, werden an die mittelständische Wirtschaft zurückgegeben, damit sie investiert und mehr konsumieren können, damit die Konjunktur auch jetzt in Gang kommt. Das ist die eine Sache, die ist in sich rund - im Übrigen auch von allen Parteitagern, auch von Delegierten aus Schleswig-Holstein, bei FDP wie bei Union auch, so zugestimmt worden. Das Andere ist, dass wir uns mehr anstrengen in öffentlichen Haushalten, die Prioritäten richtig zu setzen, damit wir in Richtung Zukunft investieren. Ich will das mit Blick auf den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt sagen: Hier ist seit 2005 der Anteil der Bildungsausgaben von 36 auf 40 Prozent des Landeshaushaltes gestiegen, weil wir die Prioritäten anders gesetzt haben: Weniger Subventionen, weniger Bürokratie, mehr Bildung. Und das erwarte ich auch von Schleswig-Holstein und von anderen Ländern, dass sie ihre Anstrengungen in dem Bereich, sich neue Prioritäten zu setzen, erhöhen.

Wenn diese beiden Töpfe also nicht zusammengehören, wie Sie sagen, der für die Bildung und der für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, dann haben Sie aber immer noch das Problem, dass drei bis vier Länder nicht diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zustimmen wollen. Was würde sich denn da für ein Kompromiss anbieten, wie kriegen Sie die Länder in das gemeinsame Steuerboot?

Pinkwart: Gut, es hat immer wieder die Situation gegeben vor Abstimmungen im Bundesrat, dass es auch auf Länderseite Bemühungen gegeben hat, Gespräche zu führen, damit sich die jeweilige Position des Landes vielleicht auch noch verbessern ließe. Hier ist mir wichtig beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz: Das ist ein Gesetz, das den Ländern ja selbst zugute kommt, d.h., hier lohnt es auch zu investieren. Es geht ganz wesentlich um die Entlastung der Familien mit Kindern. Das ist ein ganz zentraler Punkt, um die Familien zu stärken. Und es geht...

... und die Entlastung von Unternehmen und Hoteliers, was zunächst einmal nur Geld kostet, deswegen wollen die Länder ja nicht zustimmen. Was machen Sie denn ...

Pinkwart: Ja, das ist ja ein bisschen vorgeschoben. Das Hauptthema ist, die Investitionskraft im Mittelstand zu stärken, indem die Fehler der Unternehmenssteuerreform, die zulasten des Mittelstandes gegangen sind, korrigiert werden. Das ist ein ganz zentraler Punkt, damit jetzt die mittelständischen Betriebe auch wieder investieren können. Insofern stellt sich doch für die Länder, die noch ein Problem haben, die Frage, ob sie zulassen wollen, wenn sie ein solches Gesetz blockieren, dass wir weniger Jobs haben, dass wir weniger Wachstum haben, oder ob sie bereit sind, eben diese gesamtstaatliche Verantwortung mit einzugehen. Alle haben auf den Parteitag den Maßnahmen zugestimmt, sie sind jetzt auch in der Pflicht, ihre Zustimmung in den Bereichen zu geben, im Bundesrat zu ...

... wollen sie aber möglicherweise nicht machen. Was ist, wenn das Gesetz nicht durch den Bundesrat durchkommt?

Pinkwart: Das sehe ich nicht. Ich gehe davon aus, dass die Länder zu ihrer Verantwortung stehen, dass sie die Interessen ihrer Bürger auch wahrnehmen, dass sie mithelfen, dass diese Entlastung auch jetzt tatsächlich umgesetzt wird. Der Bund trägt ja auch bei diesem Gesetz, wenn ich das noch sagen darf, gerade bei der Entlastung der Familien trägt ja der Bund den Hauptanteil, also ist es auch vom Bund fair in der Lastenteilung angelegt. Es sind dringend notwendige Maßnahme in ...

Stanislaw Tillich hat gesagt, er macht das nur, wenn es eine Kompensation gibt. Und da hat Christian Wulff zum Beispiel vorgeschlagen eine Neuregelung der Mehrwertsteuer. Da würden die Länder dann also mehr Geld von dieser Mehrwertsteuer bekommen. Ist das etwas, dem Sie zustimmen könnten?

Pinkwart: Das wäre eine Maßnahme, mit der man im Rahmen der Bildungsinvestitionen arbeiten könnte, wenn die Länder sagen in ihrer Zuständigkeit für die Bildung: Wenn wir uns dazu verpflichten, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen im Bereich Vorschule, Schule, Hochschule, dann könnte der Bund sagen, im Gegenzug gibt er vielleicht einen solchen Anteil an der Mehrwertsteuer ab. Aber das muss dann auch von den Ländern zugesagt sein, für ihre prioritären Aufgaben einzusetzen, und das darf nicht im Landeshaushalt insgesamt untergehen, denn dann würden wir am falschen Ende sparen und die Prioritäten erneut falsch setzen.

Danke, Andreas Pinkwart, nordrhein-westfälischer Wissenschaftsminister, Parteichef der FDP in Düsseldorf und Stellvertretender Bundesvorsitzender, zum Steuerstreit.